

Steirische Friedensplattform  
Strasserhofweg 20  
8045 Graz  
email: [epost@stfp.at](mailto:epost@stfp.at)

Graz, am 24. 06. 2008

Herrn  
Bundespräsident Dr. Heinz Fischer  
Hofburg, Leopoldinischer Trakt  
A 1014 Wien  
per email: [heinz.fischer@hofburg.at](mailto:heinz.fischer@hofburg.at)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir bedanken uns für die per Datum 14. April 2008 übermittelte Antwort auf unsere Unterschriftenpetition zum EU-Reformvertrag.

In inhaltlicher Hinsicht empfanden wir Ihre Antwort als sehr unbefriedigend. Besonders nachdenklich stimmte uns dabei der markante Widerspruch zwischen Ihren Positionen, die die Haltung des österreichischen politischen Establishments von SPÖ, ÖVP und Grünen unkritisch wiedergaben, und jenen Erfahrungen, die wir bei zahlreichen Strassenständen in der Grazer Innenstadt mit einer Mehrheit von PassantInnen gemacht haben. Dieser Widerspruch in der Sache und die Weigerung der dominanten politischen Kräfte den Willen unseres Volkes in einer Volksabstimmung zur Geltung kommen zu lassen, ist Ausdruck einer demokratiepolitischen Krise, wie es sie vergleichbar in der 2. Republik noch nicht gab.

Auch das Ergebnis der Landtagswahl in Tirol erscheint uns deutlich von dieser Problematik mitgeprägt. Verloren haben jene drei Parteien, die den WählerInnen am 9. April im Nationalrat das Signal gegeben haben, dass sie das Volk für zu dumm halten über Grundfragen der Zukunft Europas selbst zu entscheiden.

Stellvertretend für eine vermutliche Mehrheit der europäischen Bevölkerung hat nunmehr das Irische Volk der derzeitigen politischen Orientierung des Europäischen Projekts eine deutliche Absage erteilt. Auffallend dabei war vor allem zweierlei:

- Einmal ist Irland - so wie Österreich - ein wirtschaftlicher Gesamtprofiteur der bisherigen EU-Politik. Offensichtlich sehen viele Menschen dabei aber sehr klar, dass diese Zunahme des Wirtschaftswachstums von keiner sozial gestalteten Verteilungspolitik begleitet ist und daher zu einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung führt. Pressemeldungen aus jüngerer Zeit über ein vom Europäischen Gerichtshof im Interesse der Dienstleistungsfreiheit und des Lohndumpings ausgesprochenes Streikverbot finnischer Arbeiter oder über die Entscheidung der EU-Kommission eine 65-Stunden-Wochenarbeitszeit zuzulassen machten die Berechtigung dieser Kritik im Vorfeld der Abstimmung deutlich. Dementsprechend zeigen die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen eine deutliche Korrelation zwischen dem Ausmaß der Ablehnung des Reformprojekts und benachteiligten sozialen Schichten.
- Zum anderen ist Irland hinsichtlich seiner Neutralität mit Österreich vergleichbar.

Und auch in diesem Zusammenhang spürt ein großer Teil der Bevölkerung die latente Gefahr trotz aller gegenteiligen Beteuerungen gegen ihren Willen in eine wirtschaftspolitisch motivierte wachsende Aussenaggression der sich herausbildenden Supermacht Europa hineingezogen zu werden.

Klar ist jedenfalls, dass wir an einer entscheidenden politischen Weichenstellung angelangt sind. Wenn wir das breite Unbehagen in Österreich und das irische Ergebnis nicht zum Anlass nehmen unsere Politik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene einer tiefgreifenden Revision zu unterziehen, wird sich die Spaltung zwischen den politischen Eliten und dem Volk vertiefen und verfestigen. Davon profitieren werden rechtsradikale Populismen - eine Entwicklung, die längerfristig den Bestand der Demokratie überhaupt gefährdet.

In dieser Situation appellieren wir an Sie, öffentlich wahrnehmbar auf Nationalrat, Regierung und politische Parteien einzuwirken, die Menschen unseres Landes nicht weiter als bloße Adressaten einer Politik von oben zu betrachten, sondern sie tatsächlich als Souverän zu begreifen. Dies bedingt das Einbekenntnis des Scheiterns und einen Neustart des Europäischen Verfassungsprozesses. Dabei ist dieser Neubeginn an den Zielen einer nicht am Prinzip der Kapitalvermehrung orientierten ökologisch nachhaltigen Produktion, einer solidarisch-gerechten Verteilung der Produktivität und an einer Friedenssicherung durch eine auf Abrüstung und Gewaltverzicht ausgerichtete Weltinnenpolitik zu orientieren.

Konkrete Detailvorschläge für die Ausgestaltung dieser politischen Grundlinie liegen seit Jahren vielfach (u.a. von Attac) ausgearbeitet vor. Sie reichen von der Abschaffung der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, der Beseitigung der Steueroasen, der Besteuerung der Aktienspekulationsgewinne, die europäische Steuerharmonisierung über die notwendige Neuverteilung der Arbeit, die Einführung von Mindestlöhnen bis hin zur Entschuldung hochverschuldeter Staaten, der Gestaltung fairer Welthandelsbestimmungen, der entschlossenen internationalen Abrüstung und der Reform der Vereinten Nationen, denen als Garantin des Völkerrechts allein ein internationales Gewaltmonopol zukommen muss.

Wir glauben, dass Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, in der notwendigen Neuorientierung der Politik der EU mehr als alle anderen Politiker unseres Landes Gehör finden werden und ersuchen Sie dieser Verantwortung entschlossen gerecht zu werden.

Für die Steirische Friedensplattform mit freundlichen Grüßen,

Franz Sölkner